

LÉGATION DE SUISSE
WASHINGTON 8, D. C.

Watch Advisory Committee des ODM

N.22.21.1.0. - Pr/cd

E.V.D. HANDELSABTEILUNG			
№ <i>147</i>			
3. APR. 1956		R	
<i>IV</i>	<i>IV</i>	<i>IV</i>	<i>IV</i>

den 26. März 1956

Herr Minister,

Ich beehre mich, auf meine Mitteilung vom 13. d. M. Bezug zu nehmen, worin ich Ihnen unter Ziffer "Quarto" kurz berichtete, dass sich das interdepartementale "Watch Advisory Committee" des "Office of Defense Mobilization" anschicke, die schon lang erwartete Gesamtüberprüfung der Uhrensituation in die Wege zu leiten.

Im Bestreben, nähere Einzelheiten über diese Pläne zu erfahren, suchte mein Mitarbeiter Probst heute den "Assistant Director for manpower" im ODM, Mr. John F. Hilliard, auf, der ihn im Beisein von Mr. Harold D. Gresham, "Special Assistant to the Director on foreign trade", empfing. Wie Sie wissen, ist Mr. Hilliard der Funktionär, der sich kraft seines Amtes seit jeher in erster Linie mit der Uhrenfrage befasste, während es sich bei Mr. Gresham um den Beamten handelt, der die im "Trade Agreements Extension Act of 1955" neu enthaltene "national security"-Klausel administriert.

Den Ausführungen unserer beiden genannten Informatoren war folgendes zu entnehmen:

Es ist richtig, dass das "Watch Advisory Committee" des ODM im Verlaufe der ersten Märzhälfte formell den Beschluss gefasst hat, eine gründliche, alle Aspekte umfassende Neuüberprüfung des gesamten Uhrenproblems vorzunehmen.

An die
Handelsabteilung des
Eidg. Volkswirtschaftsdepartements

B e r n



- 2 -

Die gesetzliche Grundlage für diese Arbeiten wird die schon erwähnte Section 7 des "Trade Agreements Extension Act of 1955" bilden, die den Direktor des ODM anweist, wenn immer er glaubt, dass der übermässige Import eines Produktes die nationale Sicherheit gefährdet, den Präsidenten der Vereinigten Staaten darauf aufmerksam zu machen, der dann seinerseits, sofern er die Meinung des Direktors des ODM teilt, eine formelle Untersuchung des Tatbestandes veranlassen wird. Bestätigt diese vom Präsidenten angeordnete Untersuchung die gehegten Befürchtungen, so kann der Präsident jede ihm gutscheinende Massnahme ergreifen, um die nationale Sicherheit mit Bezug auf das fragliche Produkt zu schützen.

Verfahrensmässig situiert sich die beschlossene Neuüberprüfung in die erste der vom Gesetz vorgesehenen Phasen: es handelt sich für den Direktor des ODM, dem seit verganginem Dezember ein neues formelles Schutzbegehren der amerikanischen Uhrenindustrie vorliegt (vgl. meine Mitteilung vom 16. Dez. 1955), zunächst darum, festzustellen, ob effektiv Grund besteht, eine Gefährdung der nationalen Sicherheit anzunehmen, die ihn veranlassen müsste, die Angelegenheit dem amerikanischen Präsidenten zu unterbreiten. Doch kann der Direktor des ODM, wie Mr. Hilliard erklärte, natürlich nicht an den Präsidenten gelangen, ohne über den Fall auf das Genaueste dokumentiert zu sein. Der Beschaffung dieser Dokumentation soll nun die eingeleitete neue Untersuchung dienen. - Faktisch ist diese Untersuchung allerdings mit den Aufgaben grundsätzlich identisch, die dem "Watch Advisory Committee" überbunden wurden, als es, schon ein halbes Jahr vor Aufnahme der allgemeinen "national security"-Klausel in die Aussenhandelsgesetzgebung, durch Verfügung vom 12. Jan. 1955 konstituiert worden war.

- 3 -

Angesichts der sehr allgemeinen Zielsetzung wird sich die Untersuchung des ODM nicht auf bestimmte Sonderprobleme beschränken, wie beispielsweise auf die Frage, welches das heutige Minimalniveau zur Erhaltung der für die kriegswirtschaftliche Bereitschaft erforderlichen "essential skills" ist, oder wie sich die Uhrenzollerhöhung von 1954 auf das Verhältnis zwischen Importen und einheimischer Produktion ausgewirkt hat. Die erwähnten Probleme werden zwar im Vordergrund stehen. Darüber hinaus wird aber die Untersuchung sämtliche Aspekte, die direkt oder indirekt das Gesamtbild beeinflussen, mit umfassen. In der Anfangsphase wird sie sich dabei jedenfalls auf den sogenannten "jewelled segment" der Uhrenindustrie, also auf die Produktion und den Import von Steinankeruhren konzentrieren, um an den entsprechenden Bericht anknüpfen zu können, den ein ad hoc gebildetes interdepartementales Komitee unter Leitung des ODM dem amerikanischen Präsidenten wie erinnerlich schon am 30. Juni 1954 erstattet hatte. Ob und wieweit die Untersuchung dann später auch auf "non jewelled watches" (also auf den Sektor der Stiftankeruhren) ausgedehnt werden soll, sei im Moment noch ungewiss. Doch glaubt Mr. Hilliard, dass sich zum mindesten Seitenblicke in das Feld der Stiftankeruhren nicht werden vermeiden lassen, wenn beispielsweise festgestellt werden soll, ob gewisse rüstungswichtige Erzeugnisse wirklich nur vom "jewelled segment" der Uhrenindustrie hergestellt werden können, oder ob ähnliche "skills" nicht auch in anderen Produktionszweigen zu finden sind. Formell ist das "Watch Advisory Committee" jedenfalls an keine bestimmte Uhrenart gebunden; denn die Verfügung vom 12. Januar 1955, durch die das Komitee ins Leben gerufen worden war, spricht ohne nähere

Qualifikation ganz allgemein von der "domestic watch industry".

In zeitlicher Hinsicht hofft Mr. Hilliard, wie er bemerkte, die Neuüberprüfung der Uhrenfrage "in a few months" beenden zu können. Mr. Gresham fügte bei, dass eine Frist von z.B. 3 Monaten, die man versuchsweise ins Auge fassen könnte, angesichts der Grösse und Kompliziertheit der Aufgabe eher knapp bemessen erscheine.

Was das Verfahren zur Durchführung der Untersuchung anbelangt, so soll diese zunächst in eine Anzahl Sonderstudien aufgeteilt werden, die in erster Linie von den am Komitee beteiligten Regierungsdepartementen (es sind dies das Staats-, das Landesverteidigungs-, das Handels-, das Arbeitsdepartement und das Schatzamt) auf ihren Spezialgebieten separat geführt werden sollen. Sobald die neuen Sonderberichte dieser Departemente vorliegen, wobei wohl das Landesverteidigungsdepartement in erster Linie über die Rüstungswichtigkeit, das Handelsdepartement über die Wirtschaftlichkeit der Produktion, das Arbeitsdepartement über die Erhaltung des Potentials geschulter Arbeitskräfte und das Schatzamt über Zollaspekte Auskunft erteilen wird, während das Staatsdepartement erst in einer späteren Phase aktiv werden dürfte, gedenkt das Komitee, als Ganzes zusammenzutreten, um die fraglichen Berichte zu verarbeiten und eventuelle Empfehlungen an den Präsidenten zu formulieren.

Für den Moment ist erst mit den Vorbereitungen für die Sonderberichte begonnen worden. Das ODM beabsichtigt im übrigen, die in Frage kommenden Wirtschaftsverbände (worunter auch die AWA) in den nächsten Tagen brieflich über den Beginn der Untersuchung zu orientieren und ihre Mitarbeit anzufordern. Mit

fortschreitender Untersuchung ist geplant, auch eigentliche Hearings abzuhalten, in deren Verlauf jedermann, der ein direktes oder auch nur ein indirektes legitimes Interesse am Fragenkomplex nachweisen kann, zur Aussage Gelegenheit erhalten wird. Das ODM möchte, wie Mr. Hilliard ausführte, in dieser Hinsicht grosszügig sein und niemanden, der einen plausiblen Grund geltend zu machen vermag, an der Darlegung seiner Auffassungen hindern.

Ob die fraglichen Hearings öffentlich, d.h. auch dem Publikum und der Presse frei zugänglich sein werden oder nicht, steht noch nicht fest.

Mr. Hilliard bemerkte in diesem Zusammenhang beiläufig, dass natürlich auch jede Meinungsäusserung und jede Anregung von schweizerischer Seite vom Komitee gern entgegengenommen würde.

Unsere Gesprächspartner betonten im übrigen, dass sie sich der Bedeutung und der Tragweite, die das Uhrenproblem aufweist, vollauf bewusst sind. Sie sehen voraus, dass das ODM, wie sein Befund auch lauten möge, angesichts der diametral entgegengesetzten Interessen, die im Spiele sind, auf jeden Fall kritisiert werden wird. Lorbeeren würden also bestimmt nicht zu holen sein. Statt in einer solchen Situation nach einem unbefriedigenden Kompromiss Ausschau zu halten, ist das ODM, wie Mr. Hilliard beifügt, entschlossen, unbekümmert um äussere Rücksichten eine "staatsmännische" Lösung anzustreben, die dem Problem endlich mit wirklich geeigneten Mitteln auf den Leib rückt. Eine solche Lösung sei auch deshalb besonders wichtig, weil es sich bei der Uhrenfrage um den ersten bedeutenden Fall handelt, der unter der neuen "national security"-Klausel des "Trade Agreements

Act" zur Prüfung gelangen wird. Es gilt, diesen Präzedenzfall in einer Weise zu behandeln, die Zweideutigkeiten ausschliesst und für künftige Untersuchungen entsprechender Art als Vorbild herangezogen werden kann.

Was diese Intentionen praktisch gesprochen im Endeffekt bedeuten werden, darüber wollte und konnte sich Mr. Hilliard natürlich noch nicht äussern. Theoretisch bestehen seiner Ansicht nach drei Möglichkeiten:

- a) Das Komitee gelangt zum Schluss, dass die Uhrenindustrie für die nationale Sicherheit in Wirklichkeit nicht essentiell sei. Neue Massnahmen sind unter diesen Umständen nicht erforderlich.
- b) Das Komitee findet, dass die Uhrenindustrie für die nationale Sicherheit zwar in der Tat essentiell ist, dass aber ihr Beschäftigungsgrad und ihre Produktion zur Erhaltung des unbedingt notwendigen Rüstungspotentials ausreicht. Auch in diesem Fall wären keine weiteren Massnahmen nötig.
- c) Das Komitee kommt zur Ueberzeugung, dass Beschäftigungsgrad und Produktion der einheimischen Uhrenindustrie unter das für die nationale Sicherheit erforderliche Minimum gesunken sind; dann wird es Massnahmen empfehlen müssen, um das Minimalniveau wieder herzustellen.

Worin werden aber diese Massnahmen zu bestehen haben? Das wird, falls die dritte Hypothese eintreten sollte, die eigentliche Hauptfrage sein. Das Feld der Möglichkeiten ist hier, im Lichte der sehr allgemein und umfassend gehaltenen Formulierung der "national security"-Klausel, äusserst vielseitig. Am naheliegendsten wären natürlich - vom amerikanischen Standpunkte aus - Massnahmen, die sich in der Sphäre mengenmässiger Ein-

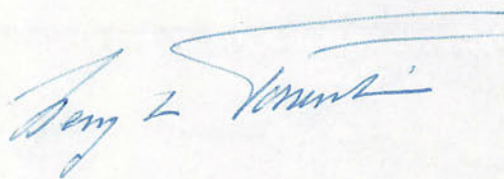
fuhrbeschränkungen und verschärfter Zollrestriktionen bewegen würden. Doch schliesst der Wortlaut des Gesetzes, das allerdings praktisch bisher noch nicht näher erprobt werden konnte, nach Ansicht unserer beiden Gesprächspartner subtilere und selektivere Massnahmen wie beispielsweise direkte Regierungssubsidien an die amerikanische Uhrenindustrie oder eine vermehrte Berücksichtigung bei der Vergebung von Rüstungskontrakten keineswegs aus. Dies sind aber wohlverstanden natürlich erst Spekulationen.

Mein Mitarbeiter benützte die Gelegenheit, um die Frage nach den Konsequenzen aufzuwerfen, die sich aus dem zeitlichen Zusammenfallen des ODM-Verfahrens mit den Arbeiten, die die "Tariff Commission" unternimmt, ergeben könnten. Wie Sie wissen, handelt es sich bei den letzteren um die Vorbereitungen, die die TC zu treffen hat, um dem amerikanischen Präsidenten vorschriftsgemäss nach Ablauf zweier Jahre seit der Uhrenzollerhöhung, also bis spätestens Ende Juli 1956, Bericht darüber erstatten zu können, ob die unter Anrufung der "escape clause" getroffenen Vorkehren weiterhin gerechtfertigt sind oder ob der ursprüngliche Vertragszustand wieder hergestellt werden kann (vgl. mein Schreiben vom 2. Februar letztthin). Mr. Greshams Erläuterungen war zu entnehmen, dass beide Verfahren zwar parallel, aber unabhängig voneinander durchgeführt werden. Obwohl jede der beiden Untersuchungen ihren eigenen, speziellen Zweck verfolgt, würden sich aber zweifellos gewisse, in der Natur der Sache liegende Ueberschneidungen ergeben. Um Doppelspurigkeiten zu vermeiden, bemüht sich das ODM zurzeit, mit der TC einen modus vivendi auszuarbeiten, dessen Einzelheiten allerdings noch nicht feststehen. Auf jeden Fall

- 8 -

beabsichtigt Mr. Gresham, mit der TC in engem Kontakt zu bleiben, wobei er voraussieht, dass die vorwiegend ökonomischen Feststellungen der letzteren vom ODM als eines der Elemente für seine eigenen Schlussfolgerungen übernommen werden würden.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.



Kopie geht an: Abt. für Politische Angelegenheiten
des EPD